

**Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder
am 29. Februar 2024 in Berlin**

Beschluss

TOP 7 Ländliche Räume in Ostdeutschland stärken

1. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder betonen die vielfältigen Funktionen ländlicher Räume in Ostdeutschland als Lebens-, Erholungs- und Naturraum sowie Gewerbe- und Wirtschaftsstandorte. Neben der herkömmlichen Erzeugung qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel auf landwirtschaftlich genutzten Flächen tragen ländliche Räume und ihre Bevölkerung zunehmend zur Sicherstellung der erneuerbaren Energieversorgung und damit zum Erreichen der ambitionierten Klimaschutzziele in Deutschland bei. Zur Honorierung dieser Leistung muss es im Interesse der ländlichen Bevölkerung dringend zu einer regional gerechteren Verteilung der Kosten und Erträge bei der Erzeugung und Verteilung erneuerbarer Energien kommen.
2. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder unterstreichen die Notwendigkeit einer schnellstmöglichen Netzentgeltreform, mit der die bundesweit großen Unterschiede bei den regionalen Netzentgelten abgebaut werden. Denn gerade in ländlichen Regionen, welche einen maßgeblichen Beitrag zur Erzeugung erneuerbarer Energien leisten, sind die Netzentgelte und damit die Stromkosten überproportional hoch. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder erachten daher den Vorschlag der Bundesnetzagentur und das eingeleitete Länderkonsultationsverfahren als einen wichtigen und richtigen Schritt, um zu einer faireren Verteilung der Netzentgelte innerhalb Deutschlands zu kommen und sprechen sich ausdrücklich für die Umsetzung des von der Bundesnetzagentur am 1. Dezember 2023 vorgelegten Eckpunktepapiers aus.
3. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder appellieren an die Bundesregierung, die Herausforderungen für sowie die Belange und Potentiale von Kleinstädten, Dörfern und dünnbesiedelten Regionen in

- Ostdeutschland bei der kommunalen Wärmewende stärker zu berücksichtigen. Sie bitten den Bund, die kommunale Energie- und Wärmeplanung auch in Form von Gemeinschaftsprojekten zur Nutzung von Biomasse, allen Formen der Geothermie sowie von Solar- und Windenergie verstärkt finanziell zu unterstützen.
4. Zum Gelingen der Energiewende, der Sicherstellung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Akzeptanz in der Bevölkerung sowie letztlich zum Erreichen der Klimaziele ist ein beschleunigter Glasfaser-Breitbandausbau im Gigabitbereich unverzichtbar. Ein leistungsfähiges Breitbandnetz ermöglicht die Steuerung von Energieinfrastrukturen wie Stromnetzen, Smart Grids und erneuerbaren Energiesystemen, die Implementierung von Smart-Home-Geräten und -Systemen und den Betrieb von Ladeinfrastrukturen für Elektrofahrzeuge. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder betonen, dass der Fokus bei der Förderung des Glasfaserausbaus und des mobilen Breitbandausbaus verstärkt auf ländlichen und strukturschwachen Gebieten liegen sollte, wo der Nachholbedarf an schnellem Internet oft am größten ist.
 5. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) ist das wichtigste bundesdeutsche Instrument zur Förderung der Integrierten ländlichen Entwicklung, der nachhaltigen Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe, des Ökolandbaus und der biologischen Vielfalt sowie zur Bewältigung von Extremwetterfolgen im Wald. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder weisen darauf hin, dass durch die vorgesehene erhebliche Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen für die allgemeine GAK im Bundeshaushalt 2024 gegenüber 2023 zahlreiche substanzielle Projekte für den ländlichen Raum nicht mehr realisiert werden können. Sie bitten die Bundesregierung daher eindringlich darum, die reduzierten Mittelansätze zu kompensieren und zukünftig die Verpflichtungsermächtigungen wieder mindestens auf das Niveau 2023 anzuheben. Die Flexibilität der Gemeinschaftsaufgabe in Bezug auf die Inanspruchnahme, aber auch hinsichtlich der Übertragbarkeit von Mitteln in kommende Haushaltsjahre ist deutlich zu verbessern.
 6. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder stellen fest, dass beruflich bedingte Pendlerinnen und Pendler in ländlichen Regionen

Ostdeutschlands besonders von steigenden Treibstoffpreisen betroffen sind. Eine Anpassung der sogenannten Pendlerpauschale, um die höheren Wegekosten steuerlich geltend machen zu können, ist aber bisher unterblieben. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern die Bundesregierung auf, noch im Jahr 2024 Maßnahmen auf den Weg zu bringen, durch die Pendlerinnen und Pendler in ländlichen Regionen spürbar von steigenden Treibstoffpreisen entlastet werden, und im Rahmen eines geeigneten Gesetzgebungsverfahrens eine sachgerechte Erhöhung der steuerlichen Entfernungspauschale vorzunehmen.

7. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern die Bundesregierung auf, sozialen Härten durch höhere CO₂-Preise mit der Einführung eines Klimageldes entgegenzuwirken. Sie wird gebeten, zur Auszahlung des Klimageldes zeitnah die rechtlichen und technischen Voraussetzungen zu schaffen.
8. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder erinnern an ihre Beschlüsse vom 13. Juni 2022, 31. März 2023 und 22. Juni 2023, mit denen sie die Bundesregierung um Berücksichtigung des besonderen Handlungsbedarfs zur Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung in ländlichen Regionen Ostdeutschlands aufgefordert haben. Sie beabsichtigen, sich im Rahmen einer kommenden Besprechung erneut mit dem Thema zu befassen.